Pressemitteilung
Berliner Wassertisch

www.berliner-wassertisch.info

„Rekommunalisierung“ à la SPD und CDU: Veolia- und RWE-Vertreter sollen Chefs des neuen Stadtwerks werden

Heute wurde im Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von SPD und CDU die Gründung eines Stadtwerkes beschlossen.

(Berlin, 24. Oktober 2013) Das Stadtwerk wird eine Tochtergesellschaft der Berliner Wasserbetriebe sein. Das hat zur Folge, dass die Vorstände der Wasserbetriebe Jörg Simon und Frank Bruckmann auch beim zukünftigen Stadtwerk das Sagen haben werden. Jörg Simon vertritt laut Konsortialvertrag seit 1999 die Interessen von Veolia bei den BWB. Frank Bruckmann wiederum wurde von RWE in den Vorstand eingesetzt. Schon allein aus diesem Grund hält der Berliner Wassertisch das Stadtwerkkonzept des Senats für verfehlt. Wolfgang Rebel, Sprecher des Berliner Wassertischs: *„Es ist vollkommen absurd: Das >kommunale< Stadtwerk soll von Veolia und RWE geführt werden! Das beweist erneut, dass die SPD-CDU-Regierung ihre Konzernlobbyistenpolitik der 90er Jahre konsequent fortsetzt. Wir möchten hiermit alle Bürger*innen Berlins auffordern, am 3.11. das Volksbegehren des Energietischs und dessen gemeinwohlorientiertes Stadtwerkkonzept zu unterstützen und mit JA zu stimmen. Auch Briefwahl ist möglich.“* (Infos zum Volksbegehren unter: http://www.berliner-energietisch.net/)

Einsicht in den geheimen Veolia-Rückkaufvertrag weiter verwehrt.
Am 30. September hatte der Berliner Wassertisch einen Antrag nach IFG auf Einsicht in den geheimen Veolia-Rückkauf-Vertrag gestellt. Erst heute erhielt er die Ablehnung, obwohl §15.5 (IFG) bestimmt: „*Will die öffentliche Stelle den Antrag zurückweisen, so ist der Antragsteller oder die Antragstellerin innerhalb von zwei Wochen nach Antragstellung nach Absatz 1 zu bescheiden.*“

Rainer Heinrich sagt zur Ablehnung: *„Es ist unglaublich, dass die Geheimhaltungspolitik zugunsten der Konzerne fortgesetzt wird und wir keine Einsicht in den Rückkaufvertrag erhalten, der von so weitreichender Bedeutung für die Berliner Bevölkerung ist. Es ist wieder das Schlimmste zu befürchten! Als Vertrauensperson des Volksbegehrens UNSER WASSER fordere ich erneut ein Moratorium des Rückkaufs!“*

* Im Anhang befinden sich eine Zusammenstellung der Argumente gegen den Rückkauf der Veolia-Anteile und eine Liste mit Forderungen des Berliner Wassertischs

Veranstaltungshinweise:
2.11.2013, 20h: Teatro Trono: „*Hasta La última Gota – bis zum letzten Tropfen*.“ Theater und Diskussion. Veranstaltung von Compa e.V. in Kooperation mit Berliner Wassertisch u. Regenbogenkino. (Ort: Regenbogenkino, Lausitzerstr. 22, 10999 Berlin)

6.11.2013, 18h: „*Bottled Life.*“ Film und Gespräch. Mit Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), Berliner Wassertisch, Brot für die Welt. (Ort: Bali Kino, Teltower Damm 33, 14169 Berlin)
Eine Veranstaltung des Bildungswerks für Demokratie und Umweltschutz e.V. in Zusammenarbeit mit dem Berliner Wassertisch und dem Bali-Kino, realisiert mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie.

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Kontakt:
Wolfgang Rebel Telefon: 0152 57 23 34 84
Rainer Heinrich Telefon: 030 / 915 092 41
E-Mail: webmaster@berliner-wassertisch.info
Twitter: @BWassertisch

Berliner Wassertisch
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Web: www.berliner-wassertisch.info
Facebook: http://facebook.com/BWassertisch

EXTRABLATT

Argumente gegen den Rückkauf

www.berliner-wassertisch.info

Zusammenfassung:

Falls es zur angekündigten Verschmelzung der zur Finanzierung der "Rekommunalisierung" dienenden BWB Rekom mit der BWB AöR kommen sollte, wird sich die Verschuldung der AÖR immens erhöhen und damit ihr finanzieller Spielraum zur Umsetzung einer öffentlichen Wasserpolitik enorm verschlechtern. Zudem wird die "verdeckte Verschuldung" des Berliner Haushalts erhöht. Bei Weiterbestehen der Berlinwasser-Holding ist die Gefahr einer erneuten Privatisierung gegeben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die BWB in Zukunft erneut als PPP-Projekt betrieben werden. Dazu hat sich unlängst die CDU bekannt.[1] Die Geheimhaltung der Veolia-Rückkaufverträge zeigt, dass die Geheimhaltungspolitik von 1999 fortgesetzt wird. Dass die Ergebnisse der laufenden Klagen nicht abgewartet werden, spricht ebenfalls dafür, dass hier ausschließlich im Sinne der Konzerne gehandelt wird. Der Rückkauf ist nicht im Interesse der Berliner Bevölkerung.

Kritik am Prozedere

- Geheimhaltung des Rückkaufvertrages mit Veolia trotz Offenlegungsgesetz und IFG (Geheimhaltungspolitik)
- Antrag des Berliner Wassertischs nach IFG auf Einsicht in die Verträge wurde abgelehnt
- Aufgrund der Geheimhaltung kann keine öffentliche Debatte stattfinden. (Demokratiedefizit)
- Überstürzte Eile / Ergebnisse der Klagen werden nicht abgewartet

Kritik an dem Sachverhalt

Organisationsstruktur:

- Die Organisationsstruktur wird vom Senat nicht in Frage gestellt. Die BWB bleiben eine AöR und werden nicht - wie vom Wassertisch gefordert - in einen Eigenbetrieb umgewandelt.
- Die BWB werden dadurch nicht der direkten Kontrolle des Abgeordnetenhauses unterstellt.
- Trotz „Rekommunalisierung“ bleiben die BWB unter der Regie der Konzerne:
  Die Betriebsführung bleibt die alte. So verbleibt Jörg Simon, der laut Konsortialvertrag seit 1999 die Interessen von Veolia zu vertreten hatte, bis mindestens 30. Juni 2016 an der Spitze der BWB.[2] Auch der Vertrag mit dem Vertreter von RWE, Frank Bruckmann – ebenfalls im Vorstand der BWB – läuft bis zum 31. Dezember 2015 weiter.[3]
- Das Prinzip einer verdeckten öffentlichen Verschuldung wird beibehalten.
- Ein Betreibervertrag für Veolia, bzw. ihre Töchter (das gleiche gilt für RWE) ist unter rekommunalisierter Regie weiter möglich.
- Die BWB soll weiter als gewinnorientiertes Unternehmen geführt werden.
- Die hohe Verschuldung zwingt die BWB für die nächsten Jahrzehnte zur Gewinnerzielung.
- Auf das alte Gewinnschema der überhöhten kalkulatorischen Kosten gegenüber den anderen großen Wasserproduzenten wird nicht verzichtet.
- Die Gewinne der BWB sollen weiter zur Sanierung des defizitären Haushalts missbraucht werden.
- Die überhöhten Abwasserpreise werden nicht überprüft und nicht gesenkt.

- Der Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik der BWB wird nicht ausgeweitet.
- Die vom Wassertisch entwickelte Berliner Wassercharta[4] kann unter diesen extrem ungünstigen Voraussetzungen nicht umgesetzt werden.
- Die hohe Verschuldung der BWB macht eine spürbare Senkung der Wasserpreise unmöglich.
- Die gesamten Kosten der „Rekommunalisierung“ werden auf die Bürgerinnen und Bürger auf Jahrzehnte hinaus abgewälzt.
- Es handelt sich - wie beim Rückkauf der RWE-Anteile - um einen goldenen Handschlag für Veolia:
- Der Summe für den Rückkauf der Veolia-Anteile wird unter Zugrundelegung der erwarteten Gewinne bis 2028 berechnet.
- Der Senat wartet die anstehenden wertmindernden Prozessergebnisse der laufenden Klagen nicht ab. Davon profitiert alleine Veolia.

Befürchtungen des Berliner Wassertischs:

- dass sich in den geheimen Unterlagen Kompensationsleistungen zum Ausgleich der ursprünglich vereinbarten Effizienzzahlungen finden
- dass Veolia zukünftig Betreiberverträge/Konzessionsverträge bekommt
- dass die Gefahr einer Re-Privatisierung gegeben ist
- dass Konzerne und die Regierungsparteien von SPD und CDU mit dem übereilten und überteuerten Rückkauf versuchen, die Vorgänge um die BWB-Teilprivatisierung von 1999 zu vertuschen
- dass die verfassungswidrigen Grundlagen dieses Geschäfts gedeckelt und stillschweigend beerdigt werden sollen
- dass die Wasserpreise nicht gesenkt werden, bzw. nicht gesenkt werden können
- dass, da die BWB nicht mehr an den „Vertrag des Vertrauens“ mit der Gewerkschaft und den Personalrat gebunden sind, die Betriebe über NEO[5] versuchen, aus geringeren Investitionen und zulasten der Beschäftigten Rationalisierungsgewinne herauszuholen
- dass es sich um „Schweigegeld“ für die Konzerne und um korruptive Vorgänge handelt

NACHWEISE:

[1] Dr. Michael Garmer (CDU): „*Wir als CDU-Fraktion bekennen uns daher auch für die Zukunft grundsätzlich zu einer öffentlich-privaten Partnerschaft bei den Wasserbetrieben oder anderen Unternehmen*.“ (26.9.2013); http://www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/protokoll/plen17-036-pp.pdf (S. 52/3562)

[2] „*Der Vorstandsvorsitzende ist in der Aufsichtsratssitzung vom 30.04.2013 [mit Wirkung vom 01.07.2013] bis zum 30.06.2016 wiederbestellt worden*“ (Drucksache 17/12119: Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaus Lederer und Evrim Sommer (LINKE) vom 23. Mai 2013 und Antwort)

[3] „*Frank Bruckmann (50), seit 1. Januar 2001 Finanzvorstand der Berliner Wasserbetriebe und seit 1. November 2002 zugleich Vorstandsvorsitzender der Berlinwasser Holding AG, ist in beiden Vorstandsfunktionen vorzeitig bis zum 31. Dezember 2015 bestätigt worden.*“ (http://l.hh.de/BWB_20100305); zur Person Frank Bruckmann vgl. http://www.bwb.de/content/language1/html/2422.php

[4.] http://berliner-wassertisch.info/berliner-wasser-charta/ (Stand: 16. Oktober 2013)

[5] „*Auf Veranlassung der Mehrheitseigentümer haben die BWB zu diesem Zweck das interne Kostensenkungsprogramm ‚Nachhaltig effiziente Optimierung‘, kurz: NEO, aufgelegt, das nachhaltige und tarifwirksame Kostensenkungen im Unternehmen ermöglichen soll.*“ Senatorin Yzer am 24.10.2013, siehe Plenarprotokoll S. 3642 (http://www.parlament-berlin.de/pari/web/wdefault.nsf/vFiles/D12-00524/$File/plen17-037-pp.pdf);

Kontakt:
Wolfgang Rebel Telefon: 0152 57 23 34 84
Rainer Heinrich Telefon: 030 / 915 092 41
E-Mail: webmaster@berliner-wassertisch.info
Twitter: @BWassertisch

Berliner Wassertisch
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Web: www.berliner-wassertisch.info
Facebook: http://facebook.com/BWassertisch

EXTRABLATT 2

Forderungskatalog zum Rückkauf der Veolia-Anteile an den BWB

www.berliner-wassertisch.info

Berliner Wassertisch fordert

- die Veröffentlichung des Vertragsentwurfs
- die Aufhebung der Struktur
- die Umwandlung der BWB in einen Eigenbetrieb
- die BWB der direkten Kontrolle des Abgeordnetenhauses zu unterstellen (Eigenbetrieb)
- die BWB über einen Eigenbetrieb in eine offene öffentliche Verschuldung zu überführen
- die Vorgänge der Teilprivatisierung von 1999 vor einen Untersuchungsausschuss zu bringen
- das Ausscheiden der alten, von den Privaten entsandten Vorstandsriege (Jörg Simon (Veolia), Frank Bruckmann (RWE))
- eine neue Betriebsführung, d.h. die Einsetzung von Vorständen, die das unmittelbare Vertrauen der Öffentlichkeit genießen und dem Gemeinwohl verpflichtet sind
- eine realistische Berechnung des Rückkaufpreises
- die Ergebnisse der laufenden Klagen abzuwarten
- dass eine demokratische Willensbildung stattfindet
- dass Veolia nicht von Haftungsverpflichtungen aus den vorherigen Geschäften freigestellt wird
- die Führung der öffentlichen Betriebe nach einer echten Kostenorientierung
- dass Bürgerinnen und Bürger nicht über die Steuern hinaus für erforderliche Infrastruktur-investitionen durch Sonderabgaben bzw. zusätzliche verdeckte Sondersteuern bezahlen müssen
- dass die Umdeutung von zusätzlichen Zinszahlungen auf das bereitgestellte betriebs-notwendige Vermögen (= betriebsnotwendiges Kapital) als Kosten ein Ende hat
- Mitbestimmung der Bürger*innen
- das Zugrundelegen der Berliner Wassercharta
- eine nachhaltige Bewirtschaftung
- die Hoheit über die Durchführung der Infrastrukturinvestitionen im Wasser- und Abwasserbereich
- die Umsetzung einer im Wasser- und Abwasserbereich integrierten Umweltpolitik!

Kontakt:
Wolfgang Rebel Telefon: 0152 57 23 34 84
Rainer Heinrich Telefon: 030 / 915 092 41
E-Mail: webmaster@berliner-wassertisch.info
Twitter: @BWassertisch

Berliner Wassertisch
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Web: www.berliner-wassertisch.info
Facebook: http://facebook.com/BWassertisch